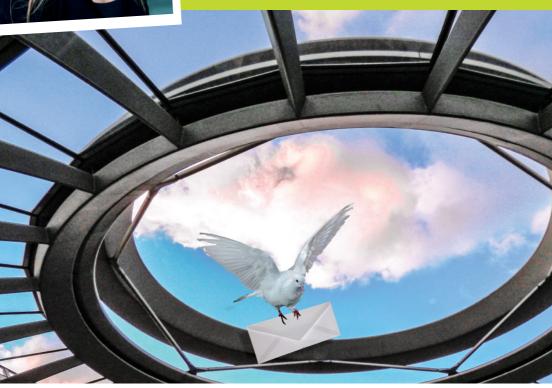


BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

# KATJA KEUL NFOPOST



**MAI 2016** 

**THEMEN** 

BUNDESRICHTERWAHL \* SEXUALSTRAFRECHT \* RECHTGRÜN \* WESTSAHARA-KONFLIKT \* BUNDESWEHREINSATZ SYRIEN \* MEINE REGION



#### INHALT

Seite 02 BEGRÜSSUNG Seite 04 BUNDESRICHTERWAHL \* SEXUALSTRAFRECHT Seite 05 SAMENSPENDE Seite 06 RECHT GRÜN \* BUNDESWEHREINSATZ SYRIEN Seite 07 WESTSAHARA-KONFLIKT Seite 08 MEINE REGION



zu Beginn dieses Jahres war es schwieriger als sonst bei den Neujahrsempfängen in meiner Region eine zuversichtliche frohe Botschaft zu formulieren. Die Anschläge in Paris, das Elend der Flüchtlinge, der Krieg in Syrien und der wachsende Zulauf für rechte und fremdenfeindliche Vereinigungen drückten doch sehr auf die Stimmung.

Und trotzdem ist es mir ein Anliegen, gerade in schwierigen Zeiten die Menschen zu weiterem Engagement zu ermutigen.

Lesen Sie meine Rede beim Neujahrsempfang Diepholz hier

In den folgenden Wochen mussten wir wieder mal erleben, wie in Berlin symbolische Gesetzgebung im Rhythmus tagesaktueller Ereignisse produziert wurde, statt sich mit den wirklichen Herausforderungen zu beschäftigen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist nach wie vor nicht in der Lage, wenigstens so viele Anträge zu bescheiden, wie gerade neu gestellt werden. Der Rückstau wird also immer noch größer, obwohl schon längst kaum noch neue Flüchtlinge durchkommen.

## NFOPOST

Und im Bundestag beschäftigen wir uns mit Beratungen über höhere Anforderungen an ärztliche Atteste, damit auch Kranke besser abgeschoben werden können, über die Einschränkung von Familiennachzug auch für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge und für kürzere Rechtsmittelfristen für Menschen aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten, wie Marokko, Algerien und Tunesien. Wenig bekannt ist in diesem Zusammenhang der Konflikt um die Besetzung der Westsahara durch Marokko. Mehr hierzu finden Sie im Bericht über meine Reise vom Januar in die Flüchtlingslager auf algerischer Seite. Die neue Regelung zur Abschiebung von straffälligen Ausländern trat gerade erst am 01.01.2016 in Kraft, aber 14 Tage später schon sollten wir eine weitere Reform beschließen, um zu zeigen, dass man auf die Silvesternacht in Köln reagiert. Wenn das keine Symbolgesetzgebung ist!

Auch wenn wir eine kleine Opposition sind, nehmen wir die Kontrolle der Bundesregierung sehr ernst. Mit VW haben wir den 5. Untersuchungsausschuss diese Wahlperiode beantragt, um fragwürdiges Regierungshandeln aufzuklären. Bereits ihre Arbeit aufgenommen haben die Untersuchungsausschüsse zu NSA, Edathy, NSU und Cum/Ex-Geschäften.

In Niedersachsen stehen im September die Kommunalwahlen an und alle Parteien suchen nach geeigneten KandidatInnen. Auch für uns Grüne ist es eine Herausforderung die Menschen zu motivieren, sich die Zeit für Politik zu nehmen. Viele leiden unter der zunehmenden beruflichen Belastung, die sie davon abhält weitere Aufgaben zu übernehmen.

Wie immer finden Sie alle ausgewiesenen Dokumente nicht nur auf meiner Website, sondern können diese auch über das Regionalbüro in Nienburg beziehen. Aber gerade in Zeiten, wo Parteien mit rechtsextremen und undemokratischen Tönen im Aufwind sind, ist es umso wichtiger, die Fundamente der Demokratie zu stärken, und dazu gehören besonders die Kommunalparlamente. Nichts ist gefährlicher für die Demokratie als ein Mangel an Demokratinnen und Demokraten.

Ich möchte Sie und Euch daher bitten, sich im Zweifel für eine Kandidatur zu entscheiden und dafür zu sorgen, dass unsere Demokratie lebendig bleibt!

In diesem Sinne

Eure / Ihre Katja Keul

lata leul

# KATJA KEUL NFOPOST





Antrag habe ich Vorschläge formuliert, wie das System der Wahl zu den obersten Bundesgerichten transparenter gestaltet und die Chancengleichheit für Frauen gefördert werden kann.

sen von Ausschussmitgliedern vorgeschlagen werden. Das intransparente Verfahren hat Folgen: Konkurrentenabwehrklagen anderer RichterInnen häufen sich und die Besetzung der Stellen an den Bundesgerichten verzögert sich. In meinem

Lesen Sie den Antrag hier



#### REFORM DES SEXUALSTRAFRECHTS



Seit Jahren ist das deutsche Sexualstrafrecht in der Kritik, weil nicht einverständliche sexuelle Handlungen nur dann strafbar sind, wenn Nötigung oder Gewalt im Spiel ist. Aufgrund der Istanbul Konvention des Europarates ist Deutschland längst verpflichtet, das zu ändern. Unser grüner Gesetzesentwurf war inzwischen mehrfach Thema im Plenum des Deutschen Bundestages, bis der Justizminister sich endlich mit dem Koalitionspartner auf einen eigenen Gesetzentwurf geeinigt hatte.

Wir wollen Schutzlücken im Strafrecht schließen, die die Rechtsprechung aufgedeckt hat. Konkret soll es um die Umsetzung der sogenannten "Nein heißt Nein"-Lösung gehen, indem sich der Täter strafbar macht, wenn er gegen den eindeutig erklärten Willen der anderen Person sexuelle Handlungen an ihr vornimmt.

Lesen Sie den Gesetzentwurf hier

Sehen Sie die Videoaufzeichnung meiner Rede vom 17.03.16 hier

Sehen Sie die Videoaufzeichnung meiner Rede vom 28.04.16 hier

## KATJA KEUL INFOPOST







Mit einem interessierten Publikum und Fachleuten vor Ort konnte ich am 07.03.2016 im Landgericht Bückeburg über unseren grünen Gesetzentwurf zur Reform des Strafrechts zum Tatbestand sexueller Misshandlung diskutieren. Bela Lange, Vorsitzende des Kreisverbandes Schaumburg der Grünen, moderierte die Diskussion mit dem Ersten Staatsanwalt Andre Lüth, Ingetraut Wehking vom Mädchen- und Frauenberatungszentrum BASTA und Dagmar Behrens vom Büro Bückeburg der Opferhilfe Niedersachsen. Über das überwiegend positive Feedback aus der Praxis zu unseren Vorschlägen habe ich mich sehr gefreut.



#### RECHTSSICHERHEIT BEI SAMENSPENDE

Die Zeugung durch Samenspende ist schon lange nichts Ungewöhnliches mehr. Aber Kinder, die mit Hilfe einer Samenspende gezeugt wurden, haben oft Probleme herauszufinden, wer ihr biologischer Vater ist. Samenspender müssen damit rechnen, bei einer Anfechtung der Vaterschaft des sozialen Vaters für den Kindesunterhalt herangezogen zu werden. Daher ist es an der Zeit, dass Rechtsicherheit für alle Beteiligten hergestellt wird und Kindern das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung gegeben wird. Mit der neuen Elternschaftsvereinbarung wollen wir erreichen, dass künftige Eltern und der Spender schon vor der Zeugung gemeinsam vereinbaren können, wer mit der Geburt rechtlicher Vater oder auch Co-Mutter wird.

Lesen Sie den Antrag ▶ hier

## NFOPOST







Der von mir mitgegründete Verein RechtGRÜN, eine Austauschplattform für grünennahe JuristInnen, ist in den letzten anderthalb Jahren so richtig in



Fahrt gekommen. Bei unserer öffentlichen Veranstaltung im Februar zum Thema "Alternative Streitbeilegung – Wie viel Konkurrenz verträgt die Justiz?" haben wir über die Auswirkung von Verbraucherstreitschlichtung und internationalen Schiedsgerichten auf die Justiz diskutiert. Besonders spannend für mich war der Austausch mit der

schen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe.

Mit der Niedersächsi-

Präsidentin des Bundesgerichtshofs Bettina Limperg und unserer niedersächsischen Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz, die wir beide für die Veranstaltung gewinnen konnten.

Lesen Sie den Bericht zur Veranstaltung bier





#### RECHTSWIDRIGER BUNDESWEHREINSATZ IN SYRIEN

Im Dezember letzten Jahres hat die Koalition den Einsatz der Bundeswehr in Syrien beschlossen, um Solidarität mit Frankreich unter Beweis zu stellen. Die Terrorangriffe von Paris waren ein schreckliches Verbrechen, aber das rechtfertigt noch keinen rechtswidrigen Kriegseinsatz in einem anderen Land. Ohne Beschluss des Sicherheitsrates hätte die Bundeswehr nicht nach Syrien geschickt werden dürfen. Leider haben wir als Minderheit im Bundestag keine Möglichkeit, deswegen vor dem Verfassungsgericht zu klagen. Daher habe ich einen Gesetzentwurf für ein Verfahren zur Überprüfung von Bundeswehreinsätzen im Ausland eingebracht, der uns in die Lage versetzt, solch wichtige Grundsatzfragen vor dem Verfassungsgericht zu klären.

Lesen Sie meine Bewertung des Syrieneinsatzes hier

Antwort der Bundesregierung zu Opfern von Luftangriffen ▶ hier

Lesen Sie den Gesetzentwurf hier

# INFOPOST

In der Diskussion mit Ulrich Schneckener (links), Professor für Internationale Beziehungen und Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Osnabrück, sowie Direktor des Zentrums für Demokratie und Friedensforschung, Die grüne Landtagsabgeordnete Filiz Polat (in der Mitte) moderierte die Diskussion.



In Osnabrück und Neu Wulmstorf (Harburger Land) hatte ich bei Veranstaltungen zum Völkerrecht Gelegenheit, meine Standpunkte zur gegenwärtigen Entwicklung der Friedens- und Sicherheitspolitik darzustellen. Die Annäherung der Bundesregierung an die amerikanische Sichtweise eines "war on terror" trägt In der Konsequenz dazu bei, dass jeder Staat künftig selbst entscheidet, wo und wann er mit kriegerischen Mitteln reagiert und das Gewaltmonopol der UNO außer Kraft setzt. Ziel und Strategie werden dabei zunehmend weniger wichtig als die Symbolwirkungen eines Einsatzes.



#### WESTSAHARA-KONFLIKT

Im Lager bei Tindouf mit Kerstin Tack (links) und Mohamed Sulaiman Labat (in der Mitte)



Vor 40 Jahren erklärte die Westsahara nach langer spanischer Kolonialzeit die Unabhängigkeit. Doch seitdem hält Marokko große Teile des Gebiets der Westsahara besetzt – obwohl UN-Resolution 690 seit 25 Jahren ein Unabhängigkeitsreferendum fordert. Im Januar fuhr ich

nach Algerien, um mir ein Bild von der Situation in den Flüchtlingslagern der Saharauis zu machen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass das Referendum in der Westsahara endlich durchgeführt werden kann.

Diese will stattdessen Marokko als sicheren Drittstaat anerkennen.

Lesen Sie den Reisebericht bier

Lesen Sie den Antrag ▶ hier



### **MEINE REGION**

## FLÜCHTLINGE – SO SCHAFFEN WIR DAS

Immer wieder versuche ich mir auch vor Ort ein Bild davon zu machen, woher die Schwierigkeiten rühren, die es nach wie vor bei der Bearbeitung



Mit Filiz Polat (Bramsche), stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Niedersächsischen Landtag und Sprecherin für Migration und Flüchtlinge und Klaus Dierker, Leiter der Landesaufnahmeeinrichtung in Bramsche.

von Asylanträgen gibt. BAMF-Chef Weise hat zunehmend Probleme bei der Einstellung des erforderlichen zusätzlichen Personals. Man darf allerdings nicht vergessen, dass es der heutige Innenminister de Maizière war, der den Zusammenbruch des Systems zu verantworten hat, weil er es über Jahre versäumt hatte, seine Behörde den Erfordernissen anzupassen.

Besuch in der Landesaufnahmestelle Bramsche

Meine Kleine Anfrage an die Bundesregierung

#### **ARBEITSRECHT**



Von links: Szabolcs Sepsi, Katja Keul, Auda Brinkhus-Saltys, Dr. Frank Meng, Roland Lubbas.

Zu einer Diskussionsveranstaltung über die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fleischindustrie konnte ich ExpertInnen und ein interessiertes Publikum begrüßen: Auda Brinkhus-Saltys aus Vechta vom Netzwerk für Menschenwürde in der Arbeitswelt, Szabolcs Sepsi von der Beratungsstelle Dortmund des Projekts Faire Mobilität des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Roland Lubbas von der Staatsanwaltschaft Oldenburg sowie Dr. Frank Meng vom Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen.

Pressebericht hier



#### TTIP - SO NICHT!



Seit Monaten protestieren BürgerInnen auf beiden Seiten des Atlantiks gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP. Als Rechtspolitikerin machen mir besonders die geplanten Schiedsverfahren Sorgen, weil dort ausländische Privatunternehmen zusätzliche Klagemöglichkeiten gegen staatliche Maßnahmen bekommen und wir als Parlament nicht mehr sicher sein können, dass wir letztlich als demokratisch legitimierter Gesetzgeber das letzte Wort haben

Um mehr über internationale Schiedsverfahren zu erfahren, habe ich mit einer Delegation des Unterausschusses Europarecht kürzlich die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf besucht und dort spannende Gespräche geführt.

Lesen Sie meinen Reisehericht hier

Lesen Sie den Beschluss meiner Fraktion hier

# KATJA KEUL NFOPOST





#### INTERNATIONALES PARLAMENTS-STIPENDIUM (IPS)

Seit April habe ich die Freude, eine Stipendiatin des Internationalen Austauschprogramms des Deutschen Bundestages bei mir im Büro zu beschäf-



tigen. Houriya Ben Ali ist 26 Jahre alt und kommt aus Tunesien. Das Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) dauert insgesamt 5 Monate (vom 1. März bis zum 31. Juli 2016) und richtet sich an aufgeschlossene und politisch engagierte Jugendliche, die sich für die Entwicklung der demokratischen Grundwerte in ihren Heimatländern aktiv und verantwortlich einsetzen.

Hier beim Besuch in Nienburg. Von links: Houriya Ben Ali (IPS-Stipendiatin), Katja Keul, Laura Kleiner (meine studentische Mitarbeiterin in Berlin).

Hier können Sie Houriya Ben Alis Bericht über das Programm lesen.



WEITERE REDEN VON KAJTA KEUL

- ▶ REDE ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG am 03.12.15
- ▶ REDE ZUM SACHVERSTÄNDIGENRECHTS am 17.12.15
- ▶ REDE ZU SYNDIKUSANWÄLTINNEN am 17.12.15
- ▶ REDE ZUM INSOLVENZRECHT am 15.01.16
- ▶ REDE ZUR PARLAMENTSBETEILIGUNG BEI AUSLANDSEINSÄTZEN am 29.01.16





## **BERLINBESUCHE**

In einer gemischten Besuchergruppe konnte ich im Bundestag auch erstmals eine größere Gruppe von Flüchtlingen und ehrenamtlichen HelferInnen aus Verden begrüßen. Ich freue mich auf weitere Besuche von Flüchtlingen und IntegrationshelferInnen aus meiner Region.





#### www.katja-keul.de

#### BERLIN

Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591 Katja.Keul@bundestag.de

#### NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdE Wallstraße 2a, 31582 Nienburg T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56 Katja.Keul@wk.bundestag.de

Bilder: pixabay: taube:shutterstock.com